

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktägig, Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 R.-M., freibl., auschl. Trägerl. Einzelne Nr. 10 Reichspf., Sonntags-Nr. 20 R.-M. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,15 R.-M., v. außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-M., 3 gesp. Retikelle 0,45 R.-M., Hinweise auf Anzeigen und Eingefandte 0,10 R.-M., Nachweise- und Offertengebühr 0,20 R.-M., Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichte zahlreiche andere staatliche, kädtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsvorleger-Bereins (D. V.) — Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabeflag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wolkensdorf bei Herrn Ernst Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Rircken.

Zugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensdorf und Ziegelheim.

Nr. 224

Sonnabend, den 25. September 1926

49. Jahrgang.

Landtagswahlen in Sachsen am 31. Oktober.

Amthlicher Teil.

Straßensperrung.

Wegen Neupflasterung und Beschleunigung wird die hiesige Ober-gasse — vom Markt bis zur Einmündung der oberen Kirchgasse — vom Montag, den 27. September d. J., ab bis auf Weiteres für allen Fahrverkehr gesperrt.

Derselbe wird auf die Topfgasse, Weinkellergasse, Glauchauer Gasse, Niedere Kirchgasse, Friedrichstraße, Otto-Biktor-Straße verwiesen.

Der Stadtrat.

gez. Rüdiger, stellv. Bürgermeister.

Strefemann erstattete gestern Abend beim Reichspräsidenten Bericht über die Genfer Verhandlungen.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold besuchte in Madrid den spanischen Außenminister und sprach dabei Deutschlands Bedauern über Spaniens Ausscheiden aus dem Völkerbund aus.

Die Zahl der Typhusodesfälle in Hannover ist auf über 100 gestiegen.

Die bürgerliche Einheitsliste für die sächsischen Landtagswahlen ist geschlossen.

Polen zieht Truppen an der litauischen Grenze zusammen. Der König von Rumänien ist schwer erkrankt.

England schickt die Torpedobootsflotte des Mittelmeeres nach China.

Bei einer Zuanerkrankung in Japan wurden 28 Personen getötet und 50 verlegt.

Waldenburg, 24. September 1926.

Nachdem Chamberlain und Briand schon Ende der vorigen Woche Genf verlassen hatten, ist jetzt auch Dr. Strefemann zur Berichterstattung nach Berlin zurückgekehrt. Man darf wohl annehmen, daß sich das Reichskabinett ebenso für Fortsetzung der in Thoiry angeknüpften Verhandlungen aussprechen wird, wie es das französische Kabinett bereits getan hat. Wann und wo diese Fortsetzung erfolgen wird, läßt sich allerdings noch nicht sagen. Man sprach von einer Reise Strefemanns nach Paris, doch besteht auch die Möglichkeit, daß die nächste Sitzung des Völkerbundesrates in Berlin stattfindet, und daß bei dieser Gelegenheit auch die deutsch-französischen Verhandlungen fortgeführt werden.

Schon aus der amtlichen Mitteilung über die Besprechung von Thoiry konnte man entnehmen, daß irgendeine Bindung beiderseits noch nicht stattgefunden hat. Ein offiziöser Kommentar zu dem Pariser Kabinettsrat hielt es für nötig, noch ausdrücklich zu unterstreichen, daß Briand sich zu nichts verpflichtet habe. Auch die sonstigen Ausführungen dieses Kommentars lassen erkennen, daß man die Bedeutung der Zustimmung des Kabinetts Poincaré zu der Briand'schen Außenpolitik nicht überschätzen darf. Man gewinnt den Eindruck, daß man französischerseits in den fortgesetzten Verhandlungen das Endziel der diplomatischen Offensive Strefemanns mit größter Stachel-draht umgeben will, daß die Offensive auf halbem Wege stecken bleibt.

Als Armierungsarbeiter verwendet Poincaré beim Bau dieser Hindernisse mit Erfolg England und Amerika. Der Plan Strefemanns und Briands ist aufgebaut auf der Mobilisierung der Dawes-obligationen. Kommt diese nicht zustande, so hat Frankreich einen Grund, sich von der Sache zurück-zuziehen. Ohne Zustimmung der englischen und amerikanischen Finanzkreise ist aber eine Verwertung der Eisenbahnobligationen nicht möglich. Wie „Daily Telegraph“ bestätigt, findet bisher aber der Vorschlag auf Mobilisierung eines beträchtlichen Teiles der Dawes-obligationen auf dem internationalen Geldmarkt so-wohl bei britischen als auch amerikanischen Bankiers wenig Gegenliebe. In diesen Kreisen sei man der Ansicht, daß Frankreich, wenn es Geld zu verhältnismäßig niedrigen Zinsen wünscht, in erster Linie seinen internationalen Kredit wieder herstellen solle. Das könne nur durch Ratifikation der britischen und amerikanischen Schuldenabkommen geschehen. Ohne eine solche Ratifikation werde Amerika nicht für irgend eine Mobilisierung der Dawes-Vorzugsobligationen zu haben sein.

Eine Rede Dr. Strefemanns vor den Genfer Auslandsdeutschen hat in Genf zu lebhaften Erörterungen Anlaß gegeben, die dann auch in der Pariser Presse ein Echo gefunden haben. Man hat aus der Rede herausgehört wollen, daß in Thoiry noch etwas anderes als die Räumung des Rheinlandes und des Saargebietes erörtert worden sei. In seiner Schlußansprache an die Genfer Pressevertreter hat sich Strefemann gegen diese Darstellungen gewandt und seiner Rede eine authentische Auslegung gegeben. Damit dürfte der Zwischenfall — wenn es einer war — erledigt sein. Die Pariser Presse hat sich auch größtenteils bereits wieder beruhigt. Einzelne Blätter, wie das „Journal“, fordern allerdings eine Berichtigung durch die französische Regierung.

Die Verhandlungen, die in den letzten Tagen in Genf geführt wurden, waren nicht geeignet, größeres Interesse zu erregen. Hauptsächlich saß man in den Kommissionen zusammen und verbrachte die Zeit mit akademischen Erörterungen. So unterhielt man sich in der ersten Kommission auch über den viel umstrittenen Artikel 16 der Völkerbundscharta, der sich auf das Durchzugsrecht bezieht. Der Vertreter Finnlands hatte Bedenken dagegen erhoben, daß bei der Empfehlung der Grundzüge des Locarnovertrages als Grundlage der Politik aller zivilisierten Völker auch die Auslegung des genannten Artikels, die die Locarnomächte Deutschland in Anlage F der Locarnoverträge gegeben hätten, einbegriffen würde. Darauf erklärte der deutsche Delegierte, Ministerialdirektor Dr. Gaus, namens der deutschen Delegation, daß sich Deutschland selbstverständlich an den Wortlaut der am 1. Dezember in London mitgeteilten Note halten werde, die ja auch im Archiv des Völkerbundes niedergelegt wurde. Im weiteren Verlauf der Debatte, nachdem der lettische Delegierte für den finnischen Standpunkt eingetreten war, unterstützten Fromagot im Namen Frankreichs und Scialoja im Namen Italiens den deutschen Standpunkt und erklärten, daß sie selbstverständlich zu den Erklärungen ständen, die sie Deutschland in der bekannten Note gegeben hätten. In diesem Sinne soll auch der Vollerfassung berichtet werden.

Thoiry und das Rheinland.

Eine Kundgebung Strefemanns.

Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht eine Erklärung des Reichsaußenministers Dr. Strefemann, die dieser ihrem Vertreter mit der Adresse an das Rheinland kurz vor seiner Abreise aus Genf abgab. Dr. Strefemann sagte:

In dem Augenblick, in dem ich Genf verlasse, ist es mir ein Bedürfnis, der Bevölkerung des Rheinlandes, unter der ich ja in wenigen Tagen auf dem Kölner Parteitag der Deutschen Volkspartei weilen werde, einige Worte treuen Gedankens zu sagen. Wir haben hier an der Spitze des Völkerbundes Fragen von geschichtlicher Bedeutung erledigt, und haben in einer so kurzen Zeitspanne wichtige politische Verhandlungen geführt. Aber inmitten aller Arbeit, die wir hier geleistet haben, waren unsere Blicke unaufhörlich auf das Rheinland gerichtet. Des Rheinlandes gedachten wir in der Stunde, als wir von 48 Nationen begrüßt, in den Saal des Völkerbundes einzogen. Dem Rheinlande gehörte all unser Bedenken in den Besprechungen von Thoiry, auf deren große Bedeutung für die Zukunft des Rheinlandes ich nicht mehr einzugehen brauche. Ich glaube, die rheinische Bevölkerung, die in schwersten Stunden soviel Treue und soviel Hingebung an das große Vaterland bewiesen hat, darf am Ausklang dieser denkwürdigen Genfer Tagung das frohe Gefühl haben, daß ihre Treue und Hingebung unver-essen blieb und daß sie die sichere Grundlage war, auf der allein an dem Werte der deutschen Freiheit gearbeitet werden konnte.

Strefemann wieder in Berlin.

Berichterstattung beim Reichspräsidenten.

Reichsaußenminister Dr. Strefemann traf am Donnerstag nachmittag wieder in Berlin ein. Am Abend erstattete er dem Reichspräsidenten in Gegenwart des Reichskanzlers über die Genfer Verhandlungen Bericht. Das Reichskabinett beschäftigt sich am heutigen Freitag mit den Verhandlungen von Genf und Thoiry. Es ist damit zu rechnen, daß es die von Strefemann eingeleiteten Verhandlungen billigen wird.

In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß in den nächsten Tagen auch der Auswärtige Ausschuß zusammentreten wird, um einen Bericht Strefemanns entgegenzunehmen.

Strefemanns Abschiedsgruß an die Schweiz.

Kurz vor seiner Abreise von Genf sprach sich Dr. Strefemann dem Vertreter des „Bund“ gegenüber über die Genfer Tagung aus. Er erklärte dabei u. a.:

Gewiß wird es noch manche Schwierigkeit zu überwinden geben, bevor unser Verhältnis zu anderen Staaten, mit denen wir im Völkerbund zusammenarbeiten, die volle Klärung erhalten hat, die unsere Außenpolitik aufreht. Gewiß wird es dazu einer immer erneuten Bemühung von allen Seiten, einer Bereitschaft zur Rücksichtnahme auf die Notwendigkeit anderer bedürfen, die an sich leicht ist. Durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, in der Form und in dem Geist, in dem er sich vollzog, ist aber eine Grundlage geschaffen, auf der wir weiterbauen können und werden zum Wohle unseres Volkes und damit auch zum Wohle des europäischen Friedens und der Zusammenarbeit.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Evangelische Jugendtagung. Eine Führertagung der gesamten evangelischen Jugendverbände Deutschlands, die annähernd eine halbe Million Mitglieder umfassen, ist in Altenberg im Rheinland unter dem Vorsitz von Lic. Stange-Kassel zusammengetreten. Die Verhandlungen, die vom 23. bis 26. September dauern werden, beschäftigen sich u. a. mit dem Verhältnis von Leibeshaltungen und Weltanschauung und mit den brennenden Problemen der Berufslehre und Berufs-treudigkeit beim jugendlichen Arbeiter.

Einigungsverhandlungen für die thüringischen Landtagswahlen. In Weimar fand eine Besprechung der Deutschen Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei und der Reichspartei des Mittelstandes (Wirtschaftspartei) statt, in der das künftige Vorgehen zu den Landtagswahlen in Thüringen besprochen wurde. Mit Ausnahme der Deutschen Demokratischen Partei, die sich eine spätere Stellungnahme vorbehält, stimmten die übrigen Parteien grundsätzlich einem gemeinsamen Vorgehen zu.

Die Ermittlungen des Berliner statistischen Amtes haben bei der letzten Wohnungszählung ergeben, daß es in Groß-Berlin 1,252,591 Haushaltungen gibt, die in 1,172,310 Wohnungen untergebracht sind. Danach übersteigt die Zahl der Haushaltungen die der Wohnungen um 80,282.

Der Gedanke der Einheitsliste für die sächsischen Landtagswahlen ist aufgegeben worden. Die deutschnationale Volkspartei, die deutsche Volkspartei, die Reichspartei des deutschen Mittelstandes und der Landesbürger-rat Sachsen sind aber darin einig, alles daran zu setzen, um eine nichtsozialistische Mehrheit im bevorstehenden Landtagswahlkampf zu erlangen.

Der „Vorwärts“ schreibt zur Frage der großen Koalition: Fühlt sich die Regierung der Mitte zu schwach, obwohl es ihr bisher doch wirklich nicht schwer gemacht worden ist, und scheitert der Versuch, eine große Koalition zu schaffen, dann bleiben eben doch nur Neuwahlen übrig. Das Ruhebedürfnis des Volkes ist auch nicht so groß, daß es noch einmal an einem Sonntag einen kleinen Spaziergang zum Wahllokal machen wollte.

Strefemann ist gestern Donnerstag nachmittag in Begleitung von Staatssekretär Dr. Weismann und Ministerialdirektor Dr. Kiep in Berlin wieder eingetroffen.

Reichspräsident v. Hindenburg empfing gestern den Befehlshaber des amerikanischen Geschwaders in Europa, Admiral Roger Wells.

Das Mainzer Militärgericht hat in Ausführung des Koblenzer Abkommens sämtliche Strafsachen zurückgezogen.

Im besetzten rheinischen Gebiet haben in den letzten Tagen Abtransporte französischer Truppen nach Frankreich begonnen.